

Eine liberale Theorie der freien Immigration

JESÚS HUERTA DE SOTO * • Mai 2021



Zusammenfassung

- Der Liberalismus hat sich traditionell bedingungs- und vorbehaltlos für das Prinzip vollständiger Migrationsfreiheit ausgesprochen. Diese Position basiert auf der Erkenntnis, dass das Errichten politischer Grenzen eindeutig einen Akt des Interventionismus und des institutionellen Zwangs von Seiten des Staates darstellt. Damit wird nicht nur jener Personenverkehr be- oder verhindert, der in gegenseitiger Übereinstimmung verhandelt wurde, sondern es werden mit der forcierten Zwangsintegration auch elementare Eigentumsrechte verletzt.
- Die offenkundigsten Probleme der Immigration sind der Tatsache geschuldet, dass es keine klare Festlegung und strikte Wahrung der Eigentumsrechte gibt. Das bedeutet, dass Immigranten oft hohe externe Kosten für die Einheimischen verursachen. Dies führt zu ernsthaften Ausbrüchen von Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, die wiederum hohe soziale Kosten mit sich bringen und rechtliche wie politische Ergebnisse produzieren, deren Kosten von Unschuldigen getragen werden müssen. Derlei Konflikte würden minimiert, wenn Eigentumsrechte effektiv umgesetzt und auf Ressourcen ausgedehnt würden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt als öffentliche Güter angesehen werden.
- Nach der Identifikation des liberalen Optimums analysiert dieses Paper auch, unter welchen Bedingungen Migrationsströme im gegenwärtigen Umfeld stark intervenierender Nationalstaaten stattfinden sollen. Erstens sollen Menschen, die immigrieren, dies auf eigenes Risiko und ohne Subventionen des Wohlfahrtsstaates tun. Zweitens haben alle Immigranten den Nachweis zu erbringen, dass sie genügend Unterstützung aus eigenen Quellen haben und dem Steuerzahler nicht zur Last fallen. Drittens sollte Immigranten das politische Wahlrecht nicht zu schnell gewährt werden, da dies die Gefahr der politischen Ausbeutung mit sich brächte. Viertens sollten Immigranten jederzeit das Gesetz der sozialen Gruppe, die sie aufnimmt, beachten.

* Der Autor ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

Die Probleme, die sich durch das freie Aus- und Einwandern von Menschen ergeben, haben unter liberalen Theoretikern und Liebhabern der Freiheit oft für Verwirrung gesorgt. Zunächst einmal hat die liberale Doktrin sich traditionell bedingungs- und vorbehaltlos für das Prinzip vollständiger Emigrations- und Immigrationfreiheit ausgesprochen. Diese Position basiert auf der Erkenntnis, dass das Errichten politischer Grenzen eindeutig einen Akt des Interventionismus und des institutionellen Zwangs von Seiten des Staates darstellt, der die freie Bewegung von Menschen behindert oder sogar verhindert. Ausserdem sind viele Grenzkontrollen und Einwanderungsgesetze das Ergebnis der politischen Initiative privilegierter Interessengruppen (z. B. der Gewerkschaften), die darauf abzielen, das Angebot an Arbeitskräften gering und die Löhne künstlich hoch zu halten. Da interventionistische Regeln zur Emigration und Immigration freiwillige Vereinbarungen zwischen den Parteien (Inländer und Ausländer) behindern oder verhindern, verletzen sie zweifellos die Grundprinzipien, die eine liberale Gesellschaft leiten sollte. Eine interventionistische Einwanderungspolitik betrifft vor allem die Bewohner fremder Länder, weil das Prinzip des freien Personenverkehrs innerhalb eines Staates im Allgemeinen akzeptiert wird.

Die Zwangsmassnahmen eines Staates zeigen sich nicht nur in der Behinderung des freien Personenverkehrs, sondern auch dort, wo die Integration bestimmter Personengruppen gegen den Willen der Einheimischen eines Staates oder einer Region erzwungen wird. Sie finden sowohl international als auch intranational statt. Innerhalb einer Nation werden Massnahmen zur Integration einer bestimmten Minderheit oft mit Gewalt durchgesetzt, wie etwa durch Antidiskriminierungsgesetze und gesetzliche Förderungsmassnahmen. Auf internationaler Ebene gibt es andere Massnahmen. Viele Staaten öffnen ihre Grenzen entweder legal oder de facto für Ausländer und lassen sie ihre öffentlichen Güter gratis benutzen (Strassen, Parks, Strände, das öffentliche Gesundheitssystem, Bildungs- und Wohlfahrtsleistungen). Auf diese Weise generiert der Staat beachtliche externe Kosten für die Einheimischen und verpflichtet sie, die erzwungene Integration von Ausländern gegen ihren Willen oder zu Bedingungen, die sie so nicht möchten, zu akzeptieren.¹

Im Lichte ihrer offenkundig widersprüchlichen Natur zeigen die vorangegangenen Probleme, wie wichtig es ist, ihrem wahren Ursprung auf den Grund zu gehen und anschliessend eine liberale Theorie der Immigration aufzustellen, die verdeutlicht, nach welchen Prinzipien die Prozesse der Emigration und Immigration in einer freien Gesellschaft ablaufen sollten.

Die reine Theorie des Personenverkehrs in einem liberalen Umfeld

Wir sollten Murray Rothbard folgen und unsere Analyse mit einem rein anarchokapitalistischen Modell beginnen, also einem Modell, in dem kein noch so kleines

¹ Auf das Problem, das eine erzwungene Immigration auf internationaler Ebene hervorruft, wurde Murray Rothbard wie folgt aufmerksam: «Ich habe angefangen, meine Sichtweise zum Thema Immigration zu überdenken, als die Sowjetunion zusammenbrach und es deutlich wurde, dass ethnische Russen dazu ermutigt wurden, Estland und Litauen zu fluten, um die Kultur und die Sprache dieser Menschen zu zerstören.» Siehe dazu: Murray N. Rothbard (Herbst 1994). Nations by Consent: Decomposing the Nation State. in: *Journal of Libertarian Studies* 2.1., S. 7.

Stückchen Land öffentlich ist. Jeder Quadratmeter, ob nun Strassen, Plätze oder Viertel, ist privatisiert.² In einer solchen Welt kann offensichtlich keines der im vorherigen Abschnitt diagnostizierten Immigrationsprobleme bestehen. Die Umstände, Anzahl und Dauer persönlicher Besuche werden von denjenigen entschieden und vereinbart, die als Parteien involviert sind. Es ist sogar vorstellbar, dass Arbeitskräfte massenhaft einwandern. Es braucht nur einen Arbeitgeber, der ihnen einen Job gibt, so dass sie genug Geld für ihre Unterkunft haben. Vielleicht trägt er auch ihre Reisekosten etc. Kurzum, es sind vielerlei Verträge unter den involvierten Parteien denkbar. Ihre Vielfalt ergibt sich aus den Besonderheiten der jeweiligen Situationen.

Unter diesen Umständen floriert die Migration, ohne der ökonomischen und sozialen Entwicklung zu schaden. Migrationsströme werden hier zum Motor der Zivilisation. Das Argument, ein Überfluss an neuen Arbeitskräften sei für die Arbeiterklasse des Einwanderungslandes notwendigerweise schlecht, ist unhaltbar. Menschliche Wesen sind kein einförmiger Produktionsfaktor und verhalten sich dann, wenn es um knappe Ressourcen geht, nicht ausschliesslich biologisch, so wie z. B. Ratten oder andere Tiere es tun, deren Populationswachstum immer mit einem Rückgang der jedem Individuum zur Verfügung stehenden Ressourcen einhergeht. Im Gegenteil, Menschen sind mit einer angeborenen, kreativen, unternehmerischen Fähigkeit ausgestattet, von der sie – sofern der institutionelle Rahmen passend ist – Gebrauch machen. In einem dynamischen Umfeld erlaubt ein Bevölkerungswachstum stets die Entdeckung und Ausnutzung neuer Möglichkeiten. Dies wiederum ermöglicht einen unbegrenzt wachsenden Lebensstandard.

Der menschliche Verstand hat eine begrenzte Kapazität, um Informationen oder Wissen aufzunehmen. Der soziale Prozess, angetrieben durch die unternehmerische Funktion, produziert eine ständig wachsende Menge von Informationen. Der Fortschritt der Zivilisation bedarf daher einer ständigen Ausdehnung und Vertiefung der Arbeitsteilung oder, wenn man so will, der Wissensteilung. Das bedeutet schlicht und ergreifend, dass der Entwicklungsprozess in vertikaler Hinsicht ein zunehmend tieferes, spezielleres und detailreicheres Wissen impliziert, das, um sich horizontal auszuweiten, eine steigende Anzahl von Menschen benötigt, also ein ständiges Bevölkerungswachstum. Ein langfristiges Bevölkerungswachstum findet überall dort statt, wo die Zahl der Geburten die der Sterbefälle übersteigt.

Kurz- oder mittelfristig ist eine schnelle und effektive Antwort auf die ständig erforderlichen Anpassungen an die ökonomischen und sozialen Veränderungen nur durch Immigrationsströme möglich. Diese Ströme erlauben ein rasches Vertiefen der Arbeitsteilung und überwinden damit die begrenzte Fähigkeit jedes menschlichen Verstandes, indem sie die Anzahl der involvierten Menschen im sozialen Prozess rapide steigern.³ Hayek sagt zu Recht: «Wir wurden zivilisiert, weil unsere Zahl anstieg,

² Murray N. Rothbard (Herbst 1994). Nations by Consent: Decomposing the Nation State. in: *Journal of Libertarian Studies* 2.1., S. 6.

³ Dieser Prozess wird detailliert erklärt in: Jesús Huerta de Soto (2013). *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*. Stuttgart.

aber genauso richtig ist, dass unsere Zahl anstieg, weil die Zivilisation dafür sorgte. Wir können wenige sein und wild, oder viele und zivilisiert.»⁴

Die Entwicklung der Städte als Zentren des Wohlstands und der Zivilisation illustriert den Prozess der immigrationsbedingten Wissensausweitung sehr deutlich. Die anhaltende Landflucht und die massenhafte Abwanderung der Arbeiter in die Ballungszentren hat zur Fortentwicklung der Städte geführt, und nicht etwa zu deren Verarmung. Der kumulative Prozess, in dem sich dies vollzog, ist der bei weitem charakteristischste Ausdruck menschlichen Fortschritts seit der Industriellen Revolution. Ein- und Auswanderungsströme in einem liberalen Umfeld – und um ein solches geht es uns hier – tendieren dazu, die Vielfalt und Auswahl möglicher Lösungen für jede Art von Problemen um ein Vielfaches zu mehren. All dies fördert die kulturelle Auswahl sowie den ökonomischen und sozialen Fortschritt, da alle Wanderbewegungen als Ergebnis freiwilliger Übereinstimmung stattfinden und die Betroffenen – sollten die Umstände sich ändern – die Möglichkeit haben, auszuwandern oder zu Firmen an anderen Standorten zu wechseln.⁵

Letztlich sollten wir die Tatsache festhalten, dass in einem liberalen Umfeld, in dem alle Ressourcen und Güter, die heutzutage als «öffentlich» angesehen werden, privatisiert sind, keiner der negativen Effekte, die wir weiter oben für die Fälle erzwungener Integration ausgemacht haben, eintritt. Migrationen würden mittels privater Transportmittel stattfinden, immer zu marktüblichen Preisen und gemäss der vertraglichen Bedingungen, die mit den Eigentümern vereinbart wurden. Verschiedene Agenturen würden sich darauf spezialisieren, die Reiseroute zu organisieren, und den Zugang zu den Transportmitteln garantieren. In ihrem eigenen Interesse würden sie darauf achten, dass die Reisenden überall ihre Anschlüsse bekämen und nirgends als unerwünschte Gäste stranden würden. Dieser Prozess würde sich in sozialen Arrangements sowie juristischen und ökonomischen Institutionen fortsetzen, die in ihrer Vielfalt heute kaum vorstellbar sind, weil der Markt und die unternehmerische Kreativität im heutigen System nicht bei Gütern wirken dürfen, die für öffentliche Güter gehalten werden.

Wir können daher schlussfolgern, dass Emigration und Immigration als solche (sofern sie den allgemeinen Rechtsprinzipien in einem Umfeld, in dem alle Ressourcen privat sind, unterliegen) nicht nur frei von allen Problemen und externen Kosten der

⁴ Friedrich August von Hayek (1988). *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*. Chicago. S. 133.

⁵ Man sollte wissen, was technologische Revolutionen im Bereich der Computerkommunikation (Internet etc.) bedeuten: Um seine Ziele zu erreichen, muss der Mensch immer seltener reisen. Eine gute Zusammenfassung weiterer Migrationsvorteile, die auf die Bedeutung der unternehmerischen Fähigkeiten unter den Immigranten hinweist, m. E. aber zu sehr der neoklassischen ökonomischen Analyse verpflichtet ist, findet man bei Julian Simon (1996). *Population Matters: People, Resources, Environment and Immigration*. New Brunswick. S. 263-303.

zwangsweisen Integration sind, sondern vielmehr wichtige Faktoren in der ökonomischen und sozialen Entwicklung sowie in der Reichhaltigkeit und Vielfalt von Kultur und Zivilisation darstellen.⁶

Probleme durch staatliche Zwangsintervention

Dank unserer Analyse können wir den wahren Ursprung der mit der Emigration und Immigration verbundenen Probleme freilegen und identifizieren. Alle entspringen staatlichen Zwangseingriffen auf verschiedenen Ebenen. Zunächst einmal errichten solche Interventionen Grenzen, die jenen Personenverkehr be- oder verhindern, der in gegenseitiger Übereinstimmung verhandelt wurde. Darüber hinaus besteht der Staat auch auf der Einführung verschiedener Integrationsmassnahmen, seien es direkte (durch sogenannte Antidiskriminierungsgesetze, Gesetze zum Zwecke positiver Diskriminierung etc.) oder indirekte, indem man wichtige Territorien (Strassen, Plätze, Parks) zu öffentlichen Zonen erklärt, die allen frei zugänglich sind. Der Staatsinterventionismus ist der Urheber aller Probleme und Konflikte, die es derzeit in diesem Bereich gibt, weil er die relevanten Eigentumsrechte von «Fremden» und «Einheimischen» nicht angemessen festlegt.

Die Zwangsmassnahmen des Staates treten auf zwei Ebenen auf: Erstens kommt es innerhalb der Grenzen eines jeden Nationalstaates unweigerlich zu den typischen Problemen erzwungener Integration und negativer Externalitäten, sobald die Privatisierung von öffentlichen Ressourcen verhindert wird. Zweitens zeigt sich der Staatsinterventionismus auch auf der internationalen Ebene, und zwar durch die Regulierung grenzüberschreitender Migrationsströme. Der Interventionismus wirkt also auf zwei Arten, die einander widersprechen. Auf der einen Seite legt man den freiwilligen Wanderbewegungen, die zwischen den privaten Parteien vereinbart wurden (Einheimische eines Landes und Ausländer), Steine in den Weg. Auf der anderen Seite fördert man internationale Massenwanderungen durch Subventionen und Vorteile, die der Wohlfahrtsstaat bereithält.

Wir erhalten dadurch eine paradoxe Situation. Diejenigen, die das Gesetz vorbehaltlos befolgen möchten, erhalten für ihre Migration keine Erlaubnis, obwohl alle beteiligten Parteien dies gerne hätten. Gleichzeitig ziehen die Existenz öffentlicher Güter und der freie Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wie ein Magnet massenhaft (oftmals illegal einreisende) Immigranten an, was zu erheblichen Konflikten und Kosten führt. All dies fördert Ausländerfeindlichkeit und führt zu weiteren interventionistischen Massnahmen, die das Problem noch verschärfen. Die Bürger sind bei alledem nicht in der Lage, den eigentlichen Ursprung der Schwierigkeiten zu erkennen. In diesem Klima der Verwirrung werden sie leicht Opfer der Demagogie. Ihnen

⁶ Wir können uns vorstellen, dass viele unternehmerische Lösungen spontan entstehen würden, wenn man schlicht vergleichend beobachtete, wie man mit den grossen Touristenströmen umgeht, die es überall auf der Welt gibt. Transportmittel, Hotels, die Freizeitindustrie, Reiseagenturen und Zwischenhändler aller Art, die Migrantenreisen organisieren und garantieren: sie alle entstünden in einem anarchokapitalistischen Zustand. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass die Zahl der Touristen und Geschäftsreisenden enorm hoch ist. Spanien z. B., mein eigenes Land, empfängt jedes Jahr mehr als 40 Millionen Touristen, also mehr Menschen, als das Land Einwohner hat.

bleibt nichts weiter übrig, als Massnahmen zu unterstützen, die nicht nur widersprüchlich, sondern auch ineffizient und schädlich sind.

Schliesslich sollten wir nicht vergessen, dass zumindest in Bezug auf die Immigrationsfrage die gegenwärtigen Probleme in der Regel auf der internationalen Ebene sehr viel schwerer wiegen als auf der intranationalen Ebene. Innerhalb eines Nationalstaates kommt es mit der Zeit zu einer spürbar grossen ökonomischen, sozialen und kulturellen Homogenisierung. Dadurch sinken die Anreize für interne Massenwanderungen. Auf internationaler Ebene sind die Einkommensunterschiede sehr viel grösser, und die enorme Entwicklung der Kommunikations- und Transportmittel macht es einfacher und billiger, von Land zu Land zu reisen. Heute kann man in nur wenigen Stunden von Neu-Delhi nach New York oder von Lateinamerika nach Spanien fliegen. Im Falle einer Emigration sind die anfallenden Reisekosten von Nordafrika nach Europa oder von Mexiko in die Vereinigten Staaten sogar noch geringer.

Lösungen für die Probleme heutiger Migrationsströme

Die ideale Lösung für all diese Probleme wäre die vollständige Privatisierung aller Ressourcen, die heute als öffentlich angesehen werden, und das Verschwinden jeglicher Staatsintervention auf allen Ebenen der Migrationsfrage. Anders ausgedrückt: Da die hier identifizierten Probleme staatlicher Zwangsintervention entspringen – und nicht der Emigration und Immigration per se – würde ein rein anarchokapitalistisches System den grössten Teil der Probleme aus dem Weg räumen.

Aber solange Nationalstaaten existieren, müssen wir prozedurale Lösungen finden, die uns erlauben, die Probleme unter den gegenwärtigen Umständen zu beheben. Dazu haben einige liberalen Theoretiker ein Modell der Sezession und Dezentralisierung entwickelt. Es sieht eine Aufteilung der derzeit hochgradig zentralisierten Nationalstaaten in immer kleinere politische Einheiten vor, die sich günstig auf den Rückgang des Staatsinterventionismus auswirken würde. Der Rückgang ergäbe sich aus dem Wettbewerb der Staaten um neue Bürger und Investitionen (oder um den Verbleib der heimischen). Die inhärente Dynamik dieser Situation würde die Staaten dazu nötigen, sich immer mehr liberaler Politik zu befleissigen. Im Wettbewerb dieser immer kleiner werdenden und dezentralisierteren Staaten spielten Immigrationsströme eine wesentliche Rolle. Sie stellten eine «Abstimmung mit den Füßen» dar. Sie würden vom Staat verlangen, immer grössere Teile seines Steuer- und Interventionsapparates aufzugeben. Hans-Hermann Hoppe schreibt dazu:

«Was eine Welt aus zehntausenden eigenständigen Ländern, Regionen und Kantonen und hunderttausenden freien Städten, wie den heutigen «Kuriositäten» Monaco, Andorra, San Marino, Liechtenstein, Hong Kong und Singapur, und das von ihnen ausgehende Plus an Möglichkeiten ökonomisch motivierter Migration kennzeichnen würde, wären kleine liberale Regierungen, die wirtschaftlich durch Freihandelsabkommen und ein internationales Warengeld wie etwa Gold

verbunden wären. Es wäre eine Welt bisher unbekanntem ökonomischen Wachstums und unerhörter Prosperität.»⁷

Die Identifikation sowohl der idealen als auch der prozeduralen Lösungen dieser Probleme befreit uns aber nicht von der Verpflichtung, die Grundlagen zu erforschen, nach denen die Migrationsströme unter den gegenwärtigen Umständen, d. h. angesichts stark interventionistischer Nationalstaaten, stattfinden sollten. Diese Grundlagen sollten mit liberalen Idealen kompatibel sein. Gleichzeitig sollten sie den real existierenden Schwierigkeiten und Widersprüchen Rechnung tragen, die mit der Existenz der Nationalstaaten einhergehen. Der folgende Abschnitt analysiert diese Prinzipien.

Grundlagen gegenwärtiger Immigrationsprozesse

Aus verschiedenen Gründen ist es unerlässlich, einige Prinzipien aufzustellen, die mit liberalen Ideen kompatibel sind und gegenwärtig als Orientierung dienen können. Selbst wenn der von Rothbard, Hoppe und vielen anderen vorgeschlagene Prozess der Staatsauflösung schon auf den Weg gebracht wäre, hätte man keine Garantie dafür, dass die von jeweiligen dezentralen Regierungen ergriffenen Massnahmen aus liberaler Sicht korrekt wären. Laut Hoppe löst die «Sezession dieses Problem, da die kleineren Territorien ihre eigenen Zulassungsstandards haben und jeweils unabhängig voneinander bestimmen, wen sie auf ihrem eigenen Territorium zulassen und mit wem sie lieber aus der Ferne kooperieren möchten.»⁸ Es ist aber gut möglich, dass sich diese Standards auch als interventionistisch herausstellen und Wanderbewegungen verhindern, auf die sich Einheimische und Ausländer geeinigt haben.

Nicht nur das! So lange ein Staat (so klein er auch sein mag) besteht und es dort öffentliche Strassen und Flächen sowie unzureichend definierte und schlecht geschützte Eigentumsrechte gibt, kann es dort auch weiterhin Integrationszwang oder andere Formen der Massenokkupation geben. Man denke an die Favelas in Brasilien, die beträchtliche externe Kosten verursachen und die Eigentumsrechte der Einheimischen ernsthaft verletzen.

Schliesslich müssen die vorgestellten Lösungen nicht nur in die richtige Richtung führen und mit liberalen Prinzipien kompatibel sein, sondern auch so praxisnah, dass sie auf die drängendsten Fragen der Gegenwart Antworten liefern (z. B. die Emigration von Mexiko in die USA oder von Nordafrika nach Europa). Kurzum, man sollte eine Reihe von Regeln entwerfen, damit die Immigration nicht für interventionistische Zwecke benutzt wird, die mit der freien Interaktion zwischen Nationen und Individuen im Konflikt stehen.

Das erste dieser Prinzipien ist, dass Menschen, die immigrieren, dies auf eigenes Risiko tun. Das bedeutet, dass Immigration auf keinen Fall durch den Wohlfahrtsstaat subventioniert werden darf, etwa durch steuerfinanzierte Leistungen seitens des

⁷ Hans-Hermann Hoppe (Frühling 1996). Small is Beautiful and Efficient: The Case for Secession. in: Telos 107, S. 101. Zum selben Thema siehe auch Murray N. Rothbard (Herbst 1994). Nations by Consent: Decomposing the Nation State. in: *Journal of Libertarian Studies* 2.1., S. 6..

⁸ Hans-Hermann Hoppe (Frühling 1996). Small is Beautiful and Efficient: The Case for Secession. in: Telos 107, S. 101.

Staates. Zu derlei Leistungen gehören nicht nur die traditionellen Wohlfahrtsleistungen (Bildung, Gesundheit, Sozialversicherung etc.), sondern auch die kostenlose Nutzung aller öffentlichen Güter. Solche Leistungen – letztendlich das Ergebnis erzwungener Einkommenstransfers unter den gesellschaftlichen Gruppen – werden zu einem künstlichen Magneten, der viele Immigranten anzieht. Damit die negativen Effekte realisiert werden, reicht es aus, dass einige (nicht notwendigerweise alle) Emigrantengruppen die zu erwartenden Leistungen des Wohlfahrtsstaates in ihre Entscheidungsfindung einbeziehen. Unser Argument widerspricht somit nicht der von einigen Autoren vorgebrachten These, die Emigranten trügen sehr viel mehr bei als der Gesamtwert der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die sie erhalten (insbesondere in den ersten Jahren ihres Aufenthaltes im neuen Land). Es reicht vollkommen, wenn bestimmte Gruppen – selbst wenn diese in der Minderheit sind – sich für subventioniert halten. Allein das lässt den widersinnigen Effekt des künstlichen Immigrationsanreizes auftreten, der dann den Bürgern des aufnehmenden Landes zum Schaden gereicht.

Der erste Grundsatz ist also, Immigranten kein Anrecht auf irgendwelche wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu geben. Dies wird einige Gruppen davon abhalten, Subventionen für ihre Reise zu erhalten. In Fällen, in denen man annimmt, dass die Beiträge der Immigranten höher sind als die Leistungen, die sie erhalten, sollten sie, um vor Ausbeutung durch das System geschützt zu sein, dazu verpflichtet werden, einen bestimmten Versicherungsschutz abzuschliessen. Dies sollte aber auf eigene Verantwortung mit privaten Institutionen geregelt werden. Auf diese Weise würden zwei liberale Ziele erreicht: die Vermeidung künstlicher Immigrationsförderung durch staatliche Umverteilungspolitik und eine schnellere Enttarnung staatlicher Sozialsicherungsprogramme auf Grundlage des Prinzips der Umlagefinanzierung. Dies würde ebenfalls die Entwicklung privater Systeme fördern, die auf Sparen und Kapitalisierung setzen und Immigranten als neue Kunden anzuwerben versuchen.⁹

Der zweite Grundsatz, der die aktuelle Politik inspirieren sollte, ist, von allen Immigranten den Nachweis zu fordern, genügend Unterstützung aus eigenen Quellen zu haben und dem Steuerzahler nicht zur Last zu fallen. Mit anderen Worten, Immigranten müssen belegen können, dass sie sich einer neuen sozialen Gruppe anschliessen, um dort mit ihrer Arbeit sowie ihren technischen und unternehmerischen Talenten und Ressourcen einen Beitrag zu leisten. Es gibt verschiedene Wege, dieses Prinzip umzusetzen. Keiner davon ist perfekt. Vielleicht wäre es am besten, wenn für jeden Immigranten (und dessen Versorgung) eine einheimische Person oder private Institution bürgen würde, indem sie ihm ein Arbeitsvertrag gäbe, der als Einlage einer bestimmten Geldsumme diene und die Versorgung rechtlich bindend erkläre. Die

⁹ Paradoxerweise ist Julian Simon bei aller Begeisterung, mit der er die freie Immigration und deren positiven Effekte rechtfertigt, willens, den Immigranten grosse ökonomische Nachteile zuzumuten, und zwar nicht nur für den Fall, dass sie in die öffentlichen Sozialversicherungssysteme mehr einzahlen müssen, als sie zurückerhalten, sondern auch für den Fall, dass das (von ihm gutgeheissene) Auktionssystem für Immigrationsrechte «einen grossen Teil des Gewinns aus den Taschen der Immigranten in die Taschen der Inländer umverteilt». Julian Simon (1996). *Population Matters: People, Resources, Environment and Immigration*. New Brunswick. S. 293.

Marktflexibilität legt es nahe, dass man ausländischen Arbeitern, die gekündigt wurden oder gekündigt haben, vor ihrer Rückführung eine vernünftige Frist setzt, in der sie sich einen neuen Job suchen können.

Der dritte Grundsatz fordert, unter keinen Umständen Immigranten das politische Wahlrecht schnell zu gewähren, da dies die Gefahr der politischen Ausbeutung durch Immigrantengruppen mit sich brächte. Diejenigen, die in ein neues Land ziehen, werden voraussichtlich ihre Lebensumstände verbessern; aber sie haben kein Recht, die Mechanismen des politischen Zwangs zu nutzen – die demokratische Wahl –, um eine Politik der Einkommensumverteilung zu unterstützen, oder in den spontanen Prozess der nationalen Märkte einzugreifen, denen sie beitreten.

Je stärker das Aufteilen in immer kleinere Staaten voranschreitet, umso mehr verlieren das Wahlrecht und der Stellenwert politischer Wahlen an Bedeutung. Beide werden zunehmend von der «Abstimmung mit den Füßen» ersetzt. Aber solange der Prozess der Dezentralisierung noch währt, ist das automatische Gewähren politischer Rechte für Immigranten eine Zeitbombe, die im schlimmsten Fall von einer wählenden Mehrheit genutzt werden kann, um den Markt, die Kultur und die Sprache des Empfängerlandes zu zerstören. Erst nach einer langen Zeit, nachdem die Immigranten die kulturellen Prinzipien ihrer neuen Gesellschaft (aller Voraussicht nach) vollständig aufgenommen haben, sollte man erwägen, ihnen die volle Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht zu geben.

Das Prinzip der Europäischen Union, wonach Bürger anderer EU-Staaten bei Kommunalwahlen dort wählen gehen, wo sie wohnen, ist in diesem Zusammenhang sehr fragwürdig. Diese Regel könnte die Atmosphäre und Kultur vieler Ortschaften vollkommen stören, und zwar überall, wo eine Mehrheit ausländischer Residenten lebt, wie z. B. in Teilen Spaniens, wo ältere Menschen aus dem Vereinigten Königreich, Deutschland etc. ihren Lebensabend verbringen. Erst nachdem Residenten in ihrer neuen Heimat ein paar Jahre gelebt und dort Eigentumsrechte (an Häusern und anderen Immobilien) erworben haben, wäre es gerechtfertigt, ihnen das Wahlrecht einzuräumen.

Der wichtigste Grundsatz besagt schliesslich, dass Immigranten jederzeit das Gesetz der sozialen Gruppe, die sie aufnimmt, beachten müssen. Vor allem müssen sie die dort geltenden Eigentumsrechte vorbehaltlos respektieren. Jede Verletzung dieser Rechte sollte nicht nur durch die Strafen geahndet werden, die im entsprechenden Strafrecht vorgesehen sind, sondern auch durch die Ausweisung des straffällig gewordenen Immigranten. Auf diese Weise würde das Phänomen der Massenbesetzung (man denke an die bereits erwähnten Favelas in Brasilien, die im Allgemeinen auf Land gebaut wurden, das anderen Leuten gehört) vermieden werden.

Wir sehen also, dass die offenkundigsten Probleme der Immigration der Tatsache geschuldet sind, dass es keine klare Festlegung und strikte Wahrung der Eigentumsrechte gibt. Das bedeutet, dass Immigranten oft hohe externe Kosten für die Einheimischen verursachen. Dies führt zu ernsthaften Ausbrüchen von Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, die wiederum hohe soziale Kosten mit sich bringen und

rechtliche wie politische Ergebnisse produzieren, deren Kosten von Unschuldigen getragen werden müssen. Derlei Konflikte würden minimiert, wenn Eigentumsrechte effektiv durchgesetzt und auf Ressourcen ausgedehnt würden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt als öffentliche Ressourcen angesehen werden. Bis die vollständige Privatisierung umgesetzt ist, muss die Nutzung öffentlicher Güter reguliert werden, um die Probleme der Massenmigration, die wir erwähnt haben, zu verhindern.¹⁰

Schlussfolgerung

Die Massnahmen, die hier präsentiert wurden, werden nicht alle derzeitigen Probleme, die sich durch Immigrationsströme ergeben, lösen können. Sie werden diese aber reduzieren und in die Richtung führen, die von den Freunden der Freiheit gewünscht wird. Wie auch immer, die endgültige Lösung dieser Probleme wird erst erreicht sein, wenn die heutigen Staaten in kleine politische Einheiten aufgeteilt sind, in denen die öffentlichen Güter vollständig privatisiert sind.

¹⁰ Das oben genannte Prinzip sollte heute sowohl auf die intranationale als auch auf die internationale Immigration angewendet werden. Innerhalb der Grenzen der heutigen Nationalstaaten dürfte eine grössere kulturelle und ökonomische Uniformität im Allgemeinen zwar sehr wohl bedeuten, dass die Probleme keine grossen sind und ein Grossteil der externen Kosten (durch Bettler und Landstreicher) durch die konsistente Anwendung der genannten Prinzipien gelöst werden könnten. Aber im Kontext internationaler Immigration ist die rasche Umsetzung der genannten Prinzipien ein drängendes Problem. Auf jeden Fall sind alternative Massnahmen, die manchmal – auch von angeblich liberalen Theoretikern – vorgeschlagen werden und Einwanderungsquoten oder Auktionen für Einwanderungsrechte vorsehen, nicht zu empfehlen, da sie im Widerspruch zu den liberalen Idealen stehen.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Bei diesem Text handelt es sich um ein Kapitel im Buch *Die Theorie der dynamischen Effizienz*. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2021, Liberales Institut.